

Luxemburg, den 15. November 2005



GRAND-DUCHE DE LUXEMBOURG
Ministère de l'Environnement
L-2918 Luxembourg

Pressekonferenz von Umweltminister Lucien LUX

Nationale Klimaschutzstrategie

Einleitung

In drei workshops - nationale Entwicklungstendenzen, Verkehrssektor, Gebäudesektor – konnten klimapolitische Ziele und CO₂- Minderungen diskutiert werden.

Erste Erkenntnis: wir müssen unsere internationalen Verpflichtungen ernster nehmen, sonst werden wir unser 28% Reduktionsziel nicht erreichen.

Deshalb ein Appell an alle Entscheidungsträger ihren Beitrag dazu zu leisten. Wir dürfen uns nicht der Hoffnung hingeben, wir könnten uns sämtliche Emissionsrechte auf dem internationalen Markt erkaufen.

Dies würde dem internationalen Ansehen Luxemburgs schweren Schaden zufügen.

Außerdem bedeutet das Verfehlen unseres Reduktionsziels, dass Luxemburg wahrscheinlich finanzielle Sanktionen zu erwarten hat. Bereits jetzt kostet eine Tonne CO₂ auf dem europäischen Markt im Rahmen des Emissionshandels 23 Euro. Die Emissionshandlungsrichtlinie sieht Sanktionen für Industriebetriebe vor – bei Nichteinhalten der Ziele pro Installation, wie sie im ersten nationalen Allokationsplan festgeschrieben sind, sind Sanktionen von 40 Euro pro Tonne CO₂ während der Periode 2005-2007 beziehungsweise von 100 Euro pro Tonne während der Periode 2008-2012 vorgesehen.

Die workshops „Verkehr“ und „Gebäude“ haben verdeutlicht, dass es zu einem Paradigmenwechsel kommen muss, dass Bauen in Zukunft nachhaltiger werden muss.

Klimaschutzpolitik ist auch eine Chance für unser Land. Wir wollen in Zukunft die Klimaschutzpolitik in eine globale Umweltpolitik einfließen lassen, und einzelne Prozesse wie nachhaltige Entwicklung und Lissabonstrategie besser miteinander verbinden.

Klimaschutzpolitik ist auch eine Chance für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung. Klimaschutz ist notwendig für die Erhaltung der biologischen Vielfalt und trägt zum Naturschutz bei. Emissionsminderung heute ist eine Gelegenheit, morgen Anpassungskosten zu vermeiden, und trägt zu einer sauberen Umwelt bei – im Interesse späterer Generationen.

Klimawandel ist heute schon Realität.

Eine der größten Rückversicherungen der Welt, die Münchner Rück, hat es bereits vor Monaten unterstrichen. In den vergangenen 10 Jahren hat sich die Zahl der großen Wetterkatastrophen gegenüber den 1960^{er} Jahren mehr als verdoppelt.

Die Europäische Union hat unter der Luxemburger Ratpräsidentschaft festgehalten, dass die globale Erwärmung nicht um mehr als 2° Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten steigen darf.

Bei einer Erwärmung um mehr als 2 ° C steigt das Risiko irreversibler und katastrophaler Schäden deutlich.

- Der Nordatlantikstrom könnte zusammenbrechen, dies geht sogar aus einem Pentagonbericht hervor.
- Möglich ist auch, dass große Teile der grönländischen Eismassen abschmelzen; als Konsequenz: Anstieg des Meeresspiegels um bis zu 7 Meter.

Wir brauchen deshalb verbindliche und ambitionierte Klimaschutzziele auch für die Zeit nach 2012 (nach Kyoto).

Die Europäische Union hat sich im März 2005 für Reduzierungspfade der Industrieländer in der Größenordnung von 15-30 % bis 2020 und 60 – 80 % bis 2050 (gegenüber 1990) ausgesprochen.

Die Klimaschutzkonferenz Ende des Jahres in Montreal (Kanada) soll den Startschuss geben, für Verhandlungen über „nach-Kyoto“ Verpflichtungen. Es wird dabei auch darum gehen, Länder wie die USA, aber auch China, Indien, Mexiko usw., ins Boot zu bekommen.

Luxemburgs Ziele im Rahmen des Kyoto-Protokolls

Im Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz sind die Reduktionsziele nur bis 2012 festgelegt. Die EU hat sich verpflichtet, bis dahin die CO₂ – Emissionen um 8 Prozent zu reduzieren. Luxemburg hat im Rahmen der europäischen Lastenteilung 28 Prozent übernommen.

Unser nationaler Zuteilungsplan (Oktober 2004) im Rahmen des Europäischen Emissionshandelssystems hat verdeutlicht, dass die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen, um die internationalen Verpflichtungen zu erfüllen.

Unter Berücksichtigung neuer Erkenntnisse zur Datenlage, angesichts der neuen Wachstums- und Entwicklungstendenzen, nicht zuletzt angesichts der weiter wachsenden Bevölkerungszahlen, wird die Klimaschutzstrategie einer Überarbeitung und Anpassung bedürfen.

In diesem Sinne wird es auch erforderlich werden, nach der Potenzialanalyse, die derzeit erstellt wird, möglichst bald ein nationales Aktionsprogramm für den Klimaschutz zu entwickeln, das der neuen Herausforderung und den Luxemburger Handlungsspielräumen Rechnung trägt. Wir wollen den nationalen Klimaschutz in eine nachhaltige energiepolitische Gesamtkonzeption integrieren, die zugleich die Erfordernisse des Wirtschaftsstandortes Luxemburg im Blick hat.

Es gibt Möglichkeiten, Energie einzusparen. Erneuerbare Energien schaffen neue Arbeitsplätze.

Emissionshandel, Joint Implementation und CDM – die so genannten flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls – sorgen für eine klimafreundliche Entwicklung durch Technologietransfer.

Nationale Klimaschutzstrategie

Das finanzwissenschaftliche Forschungsinstitut an der Universität Köln unter der Leitung von Herrn Dr. Ewringmann, ist vom Umweltministerium beauftragt worden, nationale Potenziale zur Minderung von CO₂ und Energieverbräuchen und zur Erhöhung der Energieeffizienz zu untersuchen und konkrete Vorschläge für die Umsetzung zu erarbeiten.

Neben der Identifizierung der Potenziale soll auch ein öffentlicher Diskurs über die Klimaschutzstrategie stattfinden. Bisher fanden drei Veranstaltungen statt - zu den nationalen Entwicklungstendenzen, zum Verkehrs- und zum Gebäudesektor - zu denen verschiedene Experten und Vertreter von Gruppen der Zivilgesellschaft eingeladen waren.

Es geht um zentrale Fragen, wie:

- Was kann kurzfristig in den verschiedenen Sektoren (Verkehr, Gebäude, Energie, Industrie) zur Verbesserung der Kyoto-Bilanz Luxemburgs beitragen?
- Wie lässt sich langfristig die Entwicklung der Sektoren emissionsärmer gestalten?
- Welche Vorstellungen haben wir für eine nachhaltige Entwicklung Luxemburgs im Rahmen von wirtschaftlichem und demografischem Wachstum?

Kyoto gibt uns klare Vorgaben:

Im Jahre 1990 hat Luxemburg insgesamt 12,6 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente emittiert. In der Periode 2008-2012 dürfen wir also nur rund 9 Millionen Tonnen jährlich emittieren (minus 28% im Vergleich zu 1990).

Insbesondere durch die Umstrukturierung in der Stahlindustrie konnten die Emissionen bis 1998 auf unter 9 Millionen Tonnen CO₂ reduziert werden. Seitdem, durch die demografische und wirtschaftliche Entwicklung, aber auch durch neue Emissionsquellen wie z.B. die Gasturbine in Ehleringen, stiegen die Emissionen wieder auf das Niveau von 1990. Bei einer weiteren solchen Entwicklung würde Luxemburg also sein Kyoto-Ziel um 4-5 Millionen Tonnen verfehlen.

Die Entwicklung der verschiedenen Sektore geht aus den beiliegenden Tabellen und Grafiken hervor.

Erste Erkenntnisse aus den workshops

Rasches Handeln ist gefordert!

Uns bleiben nur knapp 3 Jahre bis zum Beginn der Kyoto-Periode. Wir müssen trotzdem auch durch eigene Beiträge unsere Emissionen verringern. Dies ist eine Voraussetzung für die Genehmigung des zweiten nationalen Allokationsplans durch die Europäische Kommission nächstes Jahr.

Luxemburg verfügt aber nicht (mehr) über große technische Minderungspotenziale im Bereich der Industrie und der Stromerzeugung wie die meisten anderen Mitgliedstaaten.

Hinzu kommt: Luxemburg werden alle Emissionen des hochmodernen GUD- Kraftwerks und der Kraft- Wärme- Kopplungsanlagen (nationale Stromproduktion anstelle von Stromimporten aus zum Teil veralteten Anlagen) sowie die Emissionen die aus dem Verbrauch von in Luxemburg verkauften Treibstoffen resultieren, insgesamt zugerechnet.

Die workshops haben ergeben: Für den Bereich des Gebäudebestandes kann eine echte Entlastung nur durch energetische Sanierung erfolgen. Für Neubauten müssen ab sofort strenge Baustandards in Kraft gesetzt werden (Wärmeschutzverordnung). Anreiz für Niedrigenergiehäuser erfolgt derzeit über das Förderprogramm des Umweltministeriums. Das Beratungsangebot muss erweitert werden.

Der Staat muss eine Vorbildfunktion übernehmen, und bei öffentlichen Ausschreibungen auch energietechnische Aspekte besser berücksichtigen Die Grundsteuer bedarf einer Reform, die auch der CO₂- Problematik Rechnung trägt.

Positive Entwicklungen sollten aber auch über einen Anreiz zur energiesparenden Bauweise verstärkt werden (Energiepreise).

Im Verkehrssektor gilt es erste Konsequenzen zu ziehen. Eine Kfz- Reform muss kommen. Kfz- Steuersätze sollen am spezifischen Ausstoss an CO₂- Emissionen bemessen werden. Eine interministerielle Arbeitsgruppe wird sich mit diesem Thema befassen.

Kurzfristig könnten auch Potenziale zur CO₂- Verringerung durch den Einsatz von Biokraftstoffen realisiert werden. Nach der Richtlinie 2003/30/EG zur Förderung von Biokraftstoffen soll Luxemburg ab dem 31. Dezember 2010 einen Mindestanteil von 5,75% an Biokraftstoffen erreichen. Eine verstärkte Nutzung von Fahrzeugen mit Hybrid- und Gasantrieb kann eine Verbesserung herbeiführen.

Die Arbeiten im Rahmen des „plan sectoriel transports“ und „plan sectoriel logement“ müssen klimaschutzpolitische Ziele verfolgen.

Auch über mögliche Reduktionen im Treibstoffexport muss nachgedacht werden.

Weitere workshops werden sich u.a mit diesem Thema befassen sowie dem Einsatz von erneuerbaren Energien.

Die Studien dauern also noch an. Noch sind nicht alle Potenziale berechnet.

Anfang des nächsten Jahres werde ich auf der Grundlage der Studienergebnisse das weitere Vorgehen und erste Vorschläge im Regierungsrat und eventuell im Parlament diskutieren.

Alle Ministerien müssen bei ihren künftigen Entscheidungen sicherstellen, dass diese sich mit unseren Vorgaben der Emissionsbegrenzung vereinbaren lassen. Dies gilt insbesondere im Rahmen IVL sowie „plan sectoriel transports“ und „plan sectoriel logement“. Um die Vorreiterrolle des Staates hervorzuheben, muss das Bautenministerium in die Diskussion einbezogen werden. Auch muss die Kooperation zwischen Staat und Gemeinden auf diesem Gebiet ausgebaut werden.

Wir werden uns Gedanken machen müssen, wie wir stärker über das Umweltrecht als nur über Subventionen reagieren müssen. Es ist erforderlich stärker auf das Verursacherprinzip zurückzugreifen.

Auch die Information und Sensibilisierung der Bevölkerung muss verbessert werden. Erste Aktionen soll es demnächst mit einer Energiesparkampagne der Regierung geben. Initiativen, wie die neue Internetseite der Energieagentur (www.ael.lu) gehören dazu.

Da Luxemburg sein Kyoto- Ziel kurzfristig nicht allein aus eigenen Anstrengungen erreichen kann, werden wir die flexiblen Mechanismen (Joint implementation, CDM) benutzen müssen. Deshalb will das Umweltministerium sich über den „fonds de financement des mécanismes de Kyoto“ an einem Projekt in El Salvador beteiligen, das darin besteht Deponiegas zu verwerten. Luxemburg könnte dadurch rund 500.000 Tonnen an CO₂- Emissionsrechten erhalten. Weitere Projekte in Chile und Russland werden verfolgt.

Wir müssen uns Gedanken über eine langfristige Anpassung an zu erwartende „nach-Kyoto“ Vereinbarungen machen, angesichts der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung Luxemburgs. Wie ein solches unerlässliches Wachstum, im Sinne des Lissabon- Prozesses, energetisch zu sichern ist und das Klimaschutzziel dennoch erreicht werden kann, das ist eine der zentralen Fragen für die Luxemburger Politik.

Beitrag des Umweltministeriums zum Nationalen Plan zur Innovation und Beschäftigung

Der Klimaschutz ist ein wesentlicher Teil unseres Beitrags zum „plan national pour l’innovation et l’emploi“ der Lissabonner Strategie. Maßnahmen die eben vorgestellt worden sind, haben notwendigerweise auch in diesem Beitrag Eingang gefunden.

Die Europäische Union hat unter Luxemburg Ratpräsidentschaft festgehalten, dass die **Umweltpolitik einen wichtigen Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung** und zur **Lebensqualität** – insbesondere dank der Entwicklung von ökologischen Innovationen und Technologien – sowie zur nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen leistet und dass dadurch neue Absatzmärkte und neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ist das Umweltministerium überzeugt, dass umweltpolitische Erwägungen Eingang zur Lissabonner Strategie zum Wachstum und Beschäftigung haben müssen.

Ein verzögertes Handeln oder das Ausbleiben von Maßnahmen zur Bewältigung umweltpolitischer Herausforderungen kann zu einer **höheren Kostenbelastung führen, die das künftige Wirtschaftswachstum beeinträchtigen und die Belastung der öffentlichen Finanzen erhöhen**, und eine irreversible Schädigung der Umwelt und der natürlichen Ressourcenbasis - z.B. durch Klimaänderungen oder den Rückgang der biologischen Vielfalt - sowie negative Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung zur Folge haben.

Im Kontext des nationalen Plans zur Innovation und Beschäftigung zur Umsetzung der Lissabonner Strategie, sind für das Umweltministerium folgende Prinzipien prioritär:

1. Klimaschutz im Rahmen des Kyoto-Protokolls durch die eben vorgestellten Maßnahmen, mit u.a. Schwerpunkte auf Eco-Effizienz und Eco-Technologien;
2. Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltschädigung;
3. Einhaltung dem Verlust der biologischen Vielfalt.

Zur Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltschädigung sind zwei Arten von Maßnahmen vorgesehen:

- Steueranreize, Beihilfen und Subsidien, die einen respektvollen Umgang mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen begünstigen;

- Studien über das Potential einer steuerlichen Anpassung im Sinne einer Internalisierung externer Umweltkosten um so progressiv ein Preissystem einzuführen der die realen Kosten von verschiedenen natürlichen Ressourcen berücksichtigt.

Wichtige Ansätze zum ersten Punkt gibt es durch u.a. die großherzoglichen Reglemente vom 3. August 2005 über erneuerbare Energien.

Der Erhalt der biologischen Vielfalt ist eine zentrale Herausforderung für die Umweltpolitik. **Die biologische Vielfalt auf unserer Erde ist eine existentielle Grundlage für das menschliche Leben und Wirtschaften.** Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen reinigen Wasser und Luft, sorgen für fruchtbare Böden und stabiles Klima.

Moderner Naturschutz muss in allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen stattfinden. Wir brauchen

- eine **naturverträglichere Ausrichtung der Verkehrsinfrastruktur;**
- eine **naturnahe Land- und Waldwirtschaft;**
- eine **naturverträgliche Ausrichtung von Tourismus und Sport;**
- eine **naturverträgliche Siedlungspolitik;** dazu gehört es, die Zersiedlung der Landschaft **zu stoppen**

Obwohl vieles in diesem Bereich unternommen wird, müssen wir heute feststellen dass, trotz unvollständigen wissenschaftlichen Belege, 8% der einheimischen Flora ausgestorben ist und dass bis zu 55 % der Säugetiere (Mammifère), 47 % der Vögel und 63 % der Fische Luxemburgs bedroht sind.

Im Klartext, es droht uns eine kaum wieder rückgängig zu machende Verarmung und Banalisierung unsere Umwelt.

Es heißt also diesen Trends energisch entgegen zuwirken.

2 Maßnahmen sind prioritär:

1. das Ausarbeiten und Umsetzen eines nationalen Naturschutzplans;

In diesem Sinn haben wir in 2 Table-rondes mit allen Akteuren die Basis für den nationalen Naturschutzplan gesetzt. Der nationale Plan soll klare Prioritäten und konkrete Maßnahmen in Sachen umweltfreundliche Landwirtschaft, das Erhalten von Tier- und Pflanzenarten, Landschaftsschutz und der Sensibilisierung der Öffentlichkeit vorlegen (siehe mesures clés pour arrêter l'appauvrissement de la biodiversité jusqu'en 2010)

Vier thematische Arbeitsgruppen haben ihre Arbeiten begonnen. Vor Sommer 2006 liegt der Plan der Regierung vor.

Das Partnerschaftsgesetz wurde am 9. Juni im Parlament gestimmt, das Observatoire tritt im Dezember zu einer 1. Sitzung zusammen.

2. der konsequente Ausbau des Agrarumweltprogramms und der Biodiversitätsverträge.

Ziel ist die Biodiversitätsflächen von 3000 auf 6000 ha bis 2010 aufzustocken.

Fazit:

Nachhaltigkeit braucht Ökologie. Nachhaltige Entwicklung bedeutet Ökologie, Ökonomie und Soziales integrieren – für heutige und kommende Generationen. Nachhaltige Entwicklung schafft tausende neuer Arbeitsplätze – ein antiökologisches Roll-Back verspielt die wirtschaftliche wie soziale Zukunft unseres Landes.